

Anlage 2

Fachtagung der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege am 20.01.2020

Auswertung der Arbeitsgruppen des World Cafés

A. Transparenz der Versorgungs- und Beratungsangebote im Kreis Wesel

Herausforderung:

Um die im Pflegeplan beschriebenen soziodemografischen Herausforderungen erfolgreich bewältigen zu können, ist eine Transparenz möglichst aller Beratungs- und Versorgungsangebote für pflege- und hilfebedürftige Menschen von zentraler Bedeutung.

Lösungsansatz:

Das Pflegeportal des Kreises Wesel bietet bereits eine regelmäßig aktualisierte Übersicht vieler bestehender Beratungs- und Versorgungsangebote für pflege- und hilfebedürftige Menschen. Es ist beabsichtigt, das Pflegeportal weiter auszubauen. Dies betrifft insbesondere die detaillierte Darstellung der unterschiedlichen Beratungsangebote, die differenzierte Darstellung alters- und zielgruppenspezifischer Angebote und von „alternativen Wohnformen“. Die Herstellung der benötigten Transparenz kann allerdings nicht alleine durch den Kreis Wesel sichergestellt werden. Hier sind insbesondere die kreisangehörigen Kommunen und die Anbieter*innen der unterschiedlichen Angebote gefragt, Informationen zu generieren, die dann über das Pflegeportal direkt oder über Links der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können. Die dafür erforderlichen Abstimmungen können über die bestehenden Netzwerke, beispielsweise über das Beratungsnetzwerk für pflege- und hilfebedürftige Menschen, die „AG kommunale Altenhilfeplanung“ und die „AG ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen“ getroffen werden.

B. Schaffung eines zentralen Beratungsangebotes für pflege- und hilfebedürftige Menschen

Herausforderung:

Im Kreis Wesel gibt es eine Vielzahl von Berater*innen mit ganz unterschiedlichen Qualifikationen und Kompetenzen, die pflege- und hilfebedürftigen Menschen bereits in vielerlei Hinsicht gut unterstützen (können). Trotzdem fallen immer noch viele pflege- und hilfebedürftige Menschen durch dieses „Beratungsnetz“. Dies betrifft insbesondere Menschen mit einer unklaren Versorgungssituation, bei denen viele verschiedene Unterstützungsleistungen beantragt, organisiert und koordiniert werden müssen. Diese Zielgruppe zeichnet außerdem aus, dass in der Regel das Wissen aus verschiedenen Fachbereichen (z. B. Pflege, Wohnen, Eingliederungshilfe, Sozialhilfe, Demenz) benötigt wird und die Klienten*innen sowie ihre Angehörigen mit dieser komplexen Aufgabe überfordert sind. Das zentrale Problem besteht darin, dass in diesen Fällen verschiedene Berater*innen zusammenarbeiten müssen und bisher keine Beraterin bzw. kein Berater die erforderliche Gesamtverantwortung für eine Fallsteuerung übernimmt.

Lösungsansatz:

Es wird ein zentrales Beratungsangebot benötigt, dass bei komplexen Fallkonstellationen ein professionelles Case Management erbringt. Aufgrund der spezifischen Zielgruppe soll dieses Angebot von den Bürgern*innen nicht direkt in Anspruch genommen werden können. Stattdessen sollen alle Anbieter*innen von Beratungs- und Versorgungsangeboten für pflege- und hilfebedürftige Menschen die Möglichkeit erhalten, Klienten*innen an das zentrale Beratungsangebot zu vermitteln.

C. Ausbau von Angeboten der 1-jährigen Pflegeausbildung

Herausforderung:

In Anbetracht des zunehmenden Fachkräftemangels in der Pflege wird die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung zukünftig auch davon abhängen, dass möglichst gut qualifizierte Pflegehilfskräfte in ausreichender Anzahl an der pflegerischen Versorgung beteiligt werden können. Ein wichtiger Baustein hierbei ist die 1-jährige Pflegehelferausbildung, über die für viele Menschen auch der Zugang zur 3-jährigen Pflegeausbildung hergestellt werden kann. Derzeit gibt es im Kreis Wesel viel zu wenig Qualifizierungsangebote für Pflegehilfskräfte. Dies betrifft insbesondere Ausbildungsplätze für eine 1-jährige Pflegehelfer*innenausbildung.

Lösungsansatz:

Im Laufe des Jahres 2020 werden die Ausbildungen der 1-jährigen Pflegeassistenz (ehemalige Krankenpflege) und der ebenfalls 1-jährigen Altenpflegehelfer*innenausbildung (ehemalige Altenpflege) voraussichtlich durch eine generalistische Pflegehelfer*innenausbildung abgelöst. Der Kreis Wesel soll gemeinsam mit allen Pflegeschulen darauf hinwirken, dass die Chancen der verbesserten gesetzlichen Rahmenbedingungen genutzt werden und zukünftig ein größeres Angebot an Ausbildungsplätzen für den Pflegehelfer*innenberuf zur Verfügung steht.

D. Bedarfsgerechter Ausbau von Qualifizierungsangeboten für Pflegehilfskräfte

Herausforderung:

In Anbetracht des zunehmenden Fachkräftemangels wünschen sich viele Träger von Pflegeeinrichtungen, insbesondere von ambulanten Pflegediensten, dass es zukünftig mehr Qualifizierungsangebote für Pflegehilfskräfte gibt, die die Teilnehmer*innen zur Übernahme der Behandlungspflege befähigt. Das Jobcenter und die Agentur für Arbeit des Kreises Wesel fördern gezielt Zertifizierungen von entsprechenden Qualifizierungsangeboten. Die Mehrzahl der Pflegeschulen vertritt allerdings die Meinung, dass die Behandlungspflege den Pflegefachkräften vorbehalten werden sollte. Aus diesem Grund werden die von den Pflegeeinrichtungen gewünschten Kurse auch nur in sehr wenigen Pflegeschulen angeboten.

Lösungsansatz:

Da die Vorstellungen der beteiligten Akteure sehr weit auseinander zu liegen scheinen, wird zunächst ein offener Dialog benötigt, um die Grundlage von Lösungsansätzen zu

schaffen. Aus diesem Grund wird der Kreis Wesel zeitnah zu einem gemeinsamen Termin einladen und diesen moderieren.

E. Nachlassende Ausbildungsplatznachfrage in Einrichtungen der Altenpflege

Herausforderung:

Einzelne Einrichtungsträger beschreiben, dass die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in ihren Einrichtungen gegenwärtig nur schleppend verläuft. Es wird vermutet, dass die generalistische Ausbildung nicht mit Altenpflegeeinrichtungen verbunden wird und dass der Ausbildungsberuf Pflegefachfrau oder –mann häufig nur mit Krankenhäusern als Ausbildungsträger verbunden wird.

Lösungsansatz:

Es sollte kurzfristig eine Abfrage bei den Einrichtungen der Altenpflege durchgeführt werden, ob sich diese Tendenz bestätigt. Auch die Krankenhäuser/Pflegesschulen der Krankenhäuser sollten diesbezüglich befragt werden. Hier müsste demnach eine deutliche Nachfragesteigerung erkennbar sein. Sofern sich diese Tendenz manifestiert, müssen die Ausbildungseinrichtungen der Altenpflege öffentlichkeitswirksam auf ihre Ausbildungsangebote hinweisen und hinsichtlich der Verteilung/Weiterleitung von Nachfragern*innen abstimmen.

F. Plattform ambulanter Pflegedienste

Herausforderung:

Ambulante Pflegedienste müssen derzeit sehr häufig Kunden*innenanfragen ablehnen, weil sie keine personellen Ressourcen mehr haben. Einige Pflegedienste sehen sogar die Gefahr, ihr Angebot verkleinern zu müssen.

Lösungsansatz:

Durch eine trägerübergreifende Zusammenarbeit möglichst vieler ambulanter Pflegedienste könnten Synergieeffekte realisiert werden. So könnten beispielsweise noch freie Kapazitäten in bestehenden Tourenplänen im Netzwerk kommuniziert und Kunden*innenanfragen so gezielt vermittelt werden. Auch eine gemeinsame Tourenplanung, die Fahrtstrecken der einzelnen Pflegedienste optimiert, ist denkbar. Da von vielen Pflegediensten die Bereitschaft für die Teilnahme an einem solchen Netzwerk erklärt wurde, wird der Kreis Wesel zeitnah zu einem gemeinsamen Termin einladen und diesen moderieren.

G. Geschützte / geschlossene Wohnbereiche

Herausforderung

Es gibt im Kreis Wesel keine Wohnangebote für Menschen, die eine dauerhafte geschlossene Unterbringung benötigen (Menschen mit BGB-Beschluss), obwohl diese regelmäßig nachgefragt werden. Die betroffenen Menschen verbleiben deshalb länger als notwendig im Krankenhaus (in der Psychiatrie) oder müssen Angebote der stationären Pflege außerhalb des Kreises Wesel in Anspruch nehmen.

Lösungsansatz:

Der Kreis Wesel wird zukünftig mit interessierten Trägern und Investoren Optionen für „geschützte / geschlossene Wohnbereiche“ diskutieren.

H. Förderung alters- und zielgruppenspezifischer Angebote

Herausforderung:

Im Pflegeplan wurde herausgearbeitet, dass sehr unterschiedliche Gruppen von Pflege- und Hilfebedürftigkeit betroffen sind und deshalb eine große Herausforderung darin besteht, zukünftig vermehrt alters- und zielgruppenspezifische Angebote zu realisieren. Auch wenn bereits einige Angebote existieren, gibt es noch einen Bedarf nach weiteren Angeboten. Außerdem sind die bestehenden Angebote noch zu wenig bekannt. Ein Bedarf besteht insbesondere für pflegebedürftige Menschen mit Behinderung, gerontopsychiatrischen Erkrankungen, Adipositas und Suchterkrankungen. Weitere spezifische Bedarfe können sich darüber hinaus aus einem Migrationshintergrund ergeben.

Lösungsansatz:

Der Kreis Wesel hat auch schon in der Vergangenheit bei Investorenberatungen auf den Bedarf von zielgruppenspezifischen Angeboten hingewiesen und wird dies weiterhin machen. Investoren und Trägervertreter, die sich über den Bedarf nach zielgruppenspezifischen Angeboten in der ambulanten und/oder stationären pflegerischen Versorgung informieren wollen oder bereits Überlegungen für Angebote haben, steht der Kreis Wesel jederzeit zur Verfügung.

I. Familienfreundliche Arbeitsbedingungen

Herausforderung:

Junge weibliche Pflegefachkräfte gründen Familien und stehen dem Arbeitsmarkt nicht mehr, vorübergehend nicht mehr oder zeitlich eingeschränkt zur Verfügung.

Lösungsansatz:

Maßnahmen der Personalbindung und Einrichtung familienfreundlicher Beschäftigungsverhältnisse, sowie Praxis- und bedarfsorientierte Kinderbetreuungsangebote können durch lokale Kooperationen geschaffen werden. Der Kreis Wesel wird dieses Thema in den Arbeitsgruppen ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen gemeinsam mit allen Teilnehmern*innen weiterbearbeiten.

J. Information über die Nutzung technischer Systeme und deren Finanzierung

Herausforderung:

In Anbetracht des zunehmenden Fachkräftemangels bekommt auch die Einführung technischer Assistenzsysteme zur Entlastung des bestehenden Pflegepersonals eine immer größere Bedeutung. Es gestaltet sich mit einem zunehmenden bürokratischen Aufwand, technische Hilfe-systeme im Pflegebetrieb einzuführen und zu finanzieren.

Lösungsansatz:

Über die Möglichkeiten, die technische Systeme in der Pflege bieten, sollte besser informiert werden. Kranken- und Pflegekassen sollten sich an der Einführung und Finanzierung beteiligen.

K. Personalorientierte Teilzeitarbeitsplätze

Herausforderung:

Dienstplanoptimierung und Personalkostengestaltung machen Teilzeitstellen erforderlich, die sich nicht immer mit den Wünschen des Personals decken. Häufig können Wünsche nach Vollzeitstellen nicht erfüllt werden.

Lösungsansatz:

Über die Möglichkeiten optimaler Dienstplangestaltungen muss mit Kostenträgern beraten werden. Sie müssen ggfs. bereit sein, höhere Personalkosten durch individuellere Personalschlüssel zu akzeptieren.

L. Mangel an Kurzzeitpflegeangeboten – Anbieterrisiken reduzieren

Herausforderung:

Der hohe organisatorische und bürokratische Aufwand der Kurzzeitpflege wird durch die Pflegesätze nicht ausreichend gedeckt. Besondere Aufwände und Risiken ergeben sich durch die hohe Frequentierung der Gäste, eine deutlich verbesserungswürdige Kommunikationsstruktur mit entlassenden Krankenhäusern, der medizinischen Versorgung bei auswärtigen Hausärzten*innen und den Ausfallzeiten, insbesondere durch Krankenhausaufenthalte. Häufig ist bei Aufnahme der Kurzzeitpflegegäste nicht bekannt, in wie weit Budgets für Kurzzeitpflege und Verhinderungspflege bereits ausgeschöpft sind. Die Pflegekassen sind mit der Übermittlung dieser Information sehr zögerlich, teilweise werden sie mit Hinweis auf Datenschutzregelungen versagt.

Lösungsansatz:

Die Risikosituation der Kurzzeitpflege lässt sich nur auf der Landes- oder Bundesebene lösen. Hier sind die entsprechenden Spitzengremien gefragt. Die Kommunikation zwischen Krankenhaussozialdiensten und den Kurzzeitpflegeeinrichtungen könnte im Rahmen der AG der Krankenhaussozialdienste thematisiert werden.

M. Ausfallrisiko in der Tagespflege

Herausforderung:

Für die Tagespflege existieren keine Abwesenheitsregelungen gesetzlicher Natur wie in der vollstationären Pflege. Vertragliche Vereinbarungen diesbezüglich werden auf Grund der Kundenfreundlichkeit und der Sorge um einen negativen Leumund vermieden. Ungeplante Abwesenheit reduziert deshalb die Auslastung und gefährdet den wirtschaftlichen Betrieb.

Lösungsansatz:

Diese Problematik lässt sich nur auf der Landes- oder Bundesebene lösen. Die Möglichkeiten der Finanzierung des 1. Ausfalltages durch die Kostenträger oder die Gründung eines lokalen Ausfallfonds über die Tagessätze sollten hierbei diskutiert werden.